



**Gegen die Diktatur  
multinationaler  
Unternehmen!**  
**Für eine  
TISA-freie Zone!**

[www.tisa-vpod.ch](http://www.tisa-vpod.ch)  
[www.stop-tisa.ch](http://www.stop-tisa.ch)



## TISA – was ist das?

Hinter verschlossenen Türen verhandelt eine Gruppe von 23 Staaten ein neues Handelsabkommen, darunter in erster Linie die reichen Industriestaaten des Nordens wie die USA, Kanada, Australien, Japan, die Europäische Union – und auch die Schweiz. Die Verhandlungen finden in Genf statt.

Die Staatengruppe hat sich den absurden Namen „Really Good Friends of Services“ gegeben – es geht den Freunden aber vor allem um die wirtschaftlichen Interessen

ihrer multinationalen Konzerne. Alle Dienstleistungen sollen dereguliert und für den Markt geöffnet werden, darunter alle Leistungen der öffentlichen Grundversorgung und des Service public wie Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Bildung, Soziale Dienste, Post, Telekommunikation, Energieversorgung, Sozialversicherung und vieles mehr.

**TISA = Trade In Service Agreement**

## Warum Geheimverhandlungen?

Die Verhandlungen werden hinter verschlossenen Türen geführt, und dies ausserhalb der Strukturen der Welthandelsorganisation WTO. Nicht einmal der WTO-Generalsekretär hat Zugang zu den TISA-Verhandlungen.

In der WTO haben die Länder des Südens in den letzten Jahren mit gestiegenem Selbstbewusstsein eigene Forderungen an die Industrieländer gestellt: Wenn sie ihre Märkte für Dienstleistungen aus den Industrieländern öffnen sollen, so verlangen sie im Gegenzug Zugang für ihre Agrarprodukte.

Auch in Bezug auf Patentschutz stellen sie Forderungen, beispielsweise indem sie überrissene Preise für AIDS- und

Malaria-Medikamente in Frage stellen oder die Patentierung von Genen von tropischen Pflanzen durch Pharmakonzerne ablehnen.

Mit separaten Verhandlungen ausserhalb der WTO sollen die Länder des Südens nun ausgetrickst werden. Das TISA-Abkommen soll nach dem Geschmack der reichen Industrieländer gebaut werden – und alle anderen Länder sollen dann dazu gebracht werden, diese Regeln auch zu übernehmen.

# So funktioniert TISA

## Negativlisten - Fehler können nie mehr korrigiert werden

Die TISA-Vertragsstaaten legen den Marktzugang zu einzelnen Sektoren mit einer Positivliste fest. In Bezug auf die „Meistbegünstigung“ und die so genannte „Inländerbehandlung“ werden hingegen Negativlisten angewendet: Nur was ein Land auf die Negativliste schreibt, wird von der Deregulierung ausgenommen. Nach Vertragsabschluss können keine weiteren Ausnahmen hinzugefügt werden. Wurde eine Ausnahme vergessen, kann dies nicht mehr korrigiert werden – was nicht auf der Negativliste steht, bleibt dereguliert.

## Standstill und Ratchet

Standstill bedeutet: Die Regulierungsdichte, die beim Inkrafttreten des Vertrages besteht, darf nur noch abgebaut werden, aber nie mehr erhöht.

Ratchet bedeutet: Spätere Deregulierungsschritte werden „verriegelt“, Deregulierungsschritte können nie mehr zurückgenommen werden.

## Annexes

Trotz totaler Geheimhaltung sind einige Verhandlungstexte an die Öffentlichkeit gelangt, zum Beispiel über Wiki-Leaks. So wurde bekannt, dass neben dem eigentlichen Vertragstext auch über eine Reihe von Anhängen verhandelt wird, so genannte Annexes. Diese Anhänge sind direkt auf alle Vertragsländer anwendbar, auch wenn diese den betroffenen Sektor auf ihre Negativliste gesetzt haben.

Beispiel Energie: Die Schweiz hat zwar den Energiesektor auf ihre Negativliste gesetzt. Trotzdem wird ein Annex zu Energiedienstleistungen direkt auch für die Schweiz gelten. Das Seco hat in der Ausgangsofferte der Schweiz die wichtigsten Bereiche der Grundversorgung und des Service public auf die Negativliste der Schweiz gesetzt. Im Februar 2015 ist trotzdem ein Anhang über Gesundheitsdienstleistungen aufgetaucht. In der Folge gibt sogar das Seco auf seiner Website zu, dass zu einer langen Liste von Sektoren Annexes verhandelt werden.

Zu diesen Themen werden Annexes verhandelt : Finanzdienstleistungen | Telekommunikation | Elektronischer Handel | Grenzüberschreitung natürlicher Personen | Transport | Logistik | Post | Energiedienstleistungen | Öffentliches Beschaffungswesen | Freiberufliche Dienstleistungen | Exportsubventionen

# Multinationale Konzerne gegen Staaten

Das TISA-Abkommen steht ausserhalb der WTO. Streitigkeiten bei der Anwendung werden deshalb ausserhalb der WTO gelöst, voraussichtlich durch private Schiedsgerichte. Wie funktioniert das?

**17. März 2015:**

**Kanada muss 300'000'000 \$ an den Bergbaukonzern BILCON zahlen**

Der US-amerikanische Konzern BILCON wollte in einem Projekt in Nova Scotia mittels Sprengmitteln Mineralien abbauen. Kanada führte nach kanadischem Recht eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch, ähnlich wie wir das in der Schweiz auch tun. Die Prüfung ergab, dass zahlreiche Tierarten gefährdet würden, wie beispielsweise der bedrohte Atlantische Nordkaper, der Glattnal und der Atlantische Lachs. Kanada verweigerte deshalb die Abbaubewilligung.

BILCON klagte gegen den kanadischen Staat und argumentierte, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung den nord-amerikanischen Freihandelsvertrag (NAFTA) verletze. Das kanadische Recht dürfe nicht über die international gültigen Standards hinausgehen, Umweltauflagen stellten eine Form der Enteignung dar.

Das private Schiedsgericht der Weltbank (ICSID) gab BILCON Recht, Kanada wurde zur Zahlung von 300 Millionen Dollar verurteilt.

**10. April 2015:**

**Argentinien muss 405'000'000 \$ an den Wasserkonzern SUEZ zahlen**

Argentinien muss nach einem Urteil des ICSID 405 Millionen Dollar Schadenersatz an den französischen Wasserkonzern Suez-Group für entgangene Gewinne zahlen. Die Suez-Group hatte vor rund zwanzig Jahren von der damaligen korrupten Menem-Regierung die Wasserversorgung im Grossraum Buenos Aires erkaufte. Die Privatisierung geriet zum Fiasko: Die Suez-Group erhöhte die Wasserpreise, entliess die Hälfte des Personals, stellte, wenn Rechnungen nicht bezahlt werden konnten, in den Elendsvierteln die Wasserversorgung ab, verzögerte den Bau der Kläranlagen, welche der Konzern gemäss Vertrag hätte bauen müssen.

Nach der Wirtschaftskrise 2001 und dem Zusammenbruch der argentinischen Währung verlangte die Suez-Group einen vom Staat garantierten Wechselkurs und drohte mit weiteren Preiserhöhungen, zudem stoppte sie sämtliche Kläranlagenprojekte und Modernisierungen. Argentinien verstaatlichte daraufhin im Jahre 2006 die Wasserversorgung wieder. Auch die Suez-Group klagte vor dem Privatgericht der Weltbank, Argentinien wurde nun zur Zahlung von 405 Millionen Dollar an den Konzern verurteilt.

# Die Diktatur der Multis

Finanzkräftige multinationale Konzerne klagen gegen Staaten. Sie berufen sich dabei auf das so genannte Prinzip des Investitionsschutzes, das in vielen Handelsverträgen enthalten ist – im nord-amerikanischen NAFTA-Vertrag, aber auch im CETA-Abkommen (zwischen Kanada und der EU), sicher auch im TTIP-Abkommen (zwischen den USA und der EU), möglicherweise auch im TISA-Abkommen (23 Staaten, darunter die Schweiz). Diese Klagen werden in der Regel durch private Schiedsgerichte wie jenes der Weltbank entschieden – Rekursinstanzen gibt es keine. Diese Schiedsgerichte sind Teil von vielen Handelsverträgen, beispielsweise im NAFTA-Vertrag.

Die meisten Richter treten nicht nur als Richter auf, sondern in anderen Fällen auch als Anwälte und Gutachter – und sie kassieren fürstliche Entschädigungen. Im Jahr 2013 wurden über solche Mechanismen 274 Verfahren abgewickelt, drei Viertel der Klagen waren gegen Entwicklungs- und Schwellenländer gerichtet. Bei über zwei Drittel der Verfahren kam es zu Zahlungen an die klagenden Konzerne.

Unter dem Druck der Klagemöglichkeiten schrecken Regierungen und Parlamente davor zurück, überhaupt noch Gesetze zu Umweltschutz oder sozialen Standards zu beschliessen oder zu verbessern.

Der Tabakkonzern Philip Morris (mit Sitz in Lausanne) klagt gegen Uruguay. Grund: Uruguay will ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden einführen und Warnhinweise auf Zigarettenpackungen vorschreiben. Grundlage der Klage ist ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Uruguay aus dem Jahre 1991.

Der chinesische Versicherungskonzern Ping An klagt gegen Belgien und verlangt 1,8 Milliarden Euro Schadenersatz. Der belgische Staat hatte in der Finanzkrise die belgische Bank Fortis vor dem Zusammenbruch gerettet und verstaatlicht.

Der niederländische Versicherungskonzern Achmea klagte gegen die Slowakei, weil die slowakische Regierung die Ausschüttung von Gewinnen aus der Krankengrundversicherung untersagen wollte – ähnlich wie das in der Schweiz im Krankenversicherungsgesetz steht. Die Slowakei wurde zur Zahlung von 22'000'000 Euro verurteilt.

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall klagt gegen Deutschland, weil Deutschland den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat – Vattenfall verlangt 4'000'000'000 Euro als Schadenersatz für seine veralteten Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel.

# Was, wenn Tisa schon längst in Kraft wäre?

## TISA im Jahr 1850

1850 gab es in der Schweiz noch keine Stromnetze und noch keine SBB, niemand hätte daran denken können, Stromnetze und Eisenbahnen auf die Negativliste der Schweiz zu setzen. Mit TISA hätten keine öffentlichen Stromnetze gebaut werden können. Die Vorschrift, dass das nationale Übertragungsnetz von Swissgrid in der Hand der Öffentlichkeit bleiben muss, wäre wegen der Standstill-Klausel nie möglich gewesen. Das Gleiche gilt für die Kantons- und Gemeindewerke. Die Verstaatlichung der Eisenbahn und die Konzessionsvorschriften für Eisenbahnen, Busse und Seilbahnen hätten im Widerspruch zur Standstill-Klausel gestanden.

## TISA im Jahr 1950

In den Boom-Jahren nach dem 2. Weltkrieg gab es in der Schweiz praktisch keine Arbeitslosigkeit – nicht verwunderlich, dass es in den Fünfzigerjahren auch keine obligatorische Arbeitslosenversicherung gab. Wäre TISA damals unterzeichnet worden, hätte die heutige staatliche Arbeitslosenversicherung nie eingeführt werden können.

## TISA im Jahr 2003

Im Jahre 2004 setzt die Bevölkerung von Paraguay in einem Referendum durch, dass die früher privatisierte Wasserversorgung wieder in Staatsbesitz überführt

wird und dass der Zugang zur Wasserversorgung als Menschenrecht in die Verfassung geschrieben wird. Wäre TISA bereits im Jahre 2003 von Paraguay unterzeichnet worden, wäre das Wasser-Referendum nicht mehr möglich gewesen. Konzerne wie Veolia Environnement oder Nestlé hätten erfolgreich die Privatisierung des Wassers in Paraguay durchsetzen können.

## TISA im Jahr 2014

Auch heute noch sind Militärputsche möglich, und manch korrupter Staatsoberhaupt ist auch heute zu finden, der für ein paar Millionen Schmiergeld Marktöffnung durchsetzt. Mit TISA sind derartige Schritte unumkehrbar, auch eine spätere demokratische und nicht-korrupte Regierung kann mit TISA nicht mehr zurück. Zum Verzweifeln ist auch die Situation in vielen Städten in Griechenland oder in Ungarn, wo unter dem Druck von Sparprogrammen die Wasserversorgung privatisiert wurde. Mit TISA wären diese Deregulierungen nicht mehr rückgängig zu machen.

## TISA – eine neue Form des Kolonialismus

23 reiche Länder handeln heute das TISA-Abkommen aus, nach ihrem Willen soll TISA später in die WTO eingebaut werden. Wenn dann ein weiteres Land, beispielsweise Indien, beitreten wollte, so ist Einstimmigkeit der 23 TISA-Länder vorgesehen. Die USA werden dann vielleicht von Indien die vollständige Deregulierung der Spitalversorgung verlangen, Frankreich verlangt die Privatisierung des Wassers und die Schweiz will den Zugang der Schweizer Grossbanken UBS und CS und der Privatversiche-

rungen zum indischen Markt. Die dazu stossenden Länder müssten somit alle Forderungen jedes einzelnen Landes erfüllen – sonst bleiben sie draussen.

## Gälte TISA schon heute...

### 2021 – keine Hoheit über Datensicherung!

Die Zentrale Ausgleichskasse der AHV in Genf will alle Daten in einer externen Daten-Cloud speichern, allerdings unter der Bedingung, dass die Datenserver in der Schweiz stehen müssen – wir wollen unsere sensiblen Daten ja nicht dem amerikanischen Geheimdienst ausliefern.

Der Google-Konzern klagt gegen die Schweiz: „Die Vorschrift, dass die Datenserver in der Schweiz stehen müssen, verletzt den Grundsatz der Inländerbehandlung und den Annex betreffend Telekommunikationsdienstleistungen.“

### 2022 – keine Revision der Lex Koller möglich!

Das Parlament will Gesetzeslücken schliessen und die Tricks beim Kauf von Immobilien und Luxusvillen durch ausländische Milliardäre unterbinden. Geht nicht mehr: Wegen der Standstill-Klausel darf die Lex Koller nicht verschärft werden.

### 2024 – keine Umweltverträglichkeitsprüfung für Shoppingcenter!

Der amerikanische Walmart-Konzern will ein gigantisches Shoppingcenter am Stadtrand von Bern bauen. Die Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem neuen Baugesetz ist negativ, die Baubewilligung wird verweigert. Walmart klagt gegen die Schweiz: „Die Umweltverträglichkeitsprüfung nach neuem Baugesetz verletzt die Standstill-Klausel“.

Dies sind erfundene Beispiele – aber sie sind sehr realistisch, wenn die Schweiz das TISA-Abkommen unterzeichnet.

### Deshalb setzt sich der VPOD vehement gegen TISA ein!

**Gegen die Diktatur multinationaler Unternehmen!**

**Für eine TISA-freie Zone!**

[www.tisa-vpod.ch](http://www.tisa-vpod.ch)  
[www.stop-tisa.ch](http://www.stop-tisa.ch)

## Ich möchte beim VPOD mitmachen:

- Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft beim VPOD. Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu.
- Ich möchte diesen Flyer zu TISA verteilen. Bitte senden Sie mir Exemplare zu

---

Name und Vorname

---

Adresse

---

PLZ und Ort

---

E-Mail

---

Unterschrift

---

Ort und Datum

**Bitte senden Sie dieses Formular an das**

VPOD Zentralsekretariat

Birmensdorferstrasse 67

Postfach 8279

8036 Zürich

[www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)